

Erzeuger und Verbraucher von Elektrizität im Spannungsfeld hoher Preise und beginnender Marktliberalisierung

Nach wie vor bilden die vergleichsweise hohen Industriestrompreise in Deutschland für die stromintensiven Branchen einen nicht zu unterschätzenden Standort- und Wettbewerbsnachteil. Die nunmehr eingeleitete Liberalisierung der Strommärkte in Europa läßt über den sich herausbildenden Wettbewerb einen Druck auf Preise und Kosten erwarten. Energieversorger, die nicht rechtzeitig neue attraktive Angebote für Lieferpreise und -bedingungen unterbreiten, werden Marktanteile verlieren.

Die deutsche Wirtschaft, namentlich die große Industrie, zieht bereits Konsequenzen aus dem hohen Strompreisniveau. So fällt die unternehmerische Entscheidung „make or buy“ zunehmend zugunsten einer ökonomisch, ökologisch und technisch vorteilhaften Eigenerzeugung auf Basis von Erdgas aus. Während der gesamte Stromverbrauch der Industrie seit Jahren eher stagniert, weisen entsprechende Industriekraftwerke in der Produktion und in der Netzeinspeisung eine hohe Entwicklungsdynamik auf. Dieser Prozeß vollzieht sich in der gesamten Bundesrepublik.

Daß der Zuwachs an Eigenerzeugung in den neuen gegenüber den alten Bundesländern deutlich höher liegt, korrespondiert dabei mit dem Fakt, daß die ostdeutschen Industriestrompreise seit Jahren um 10 vH und mehr höher sind. Aus diesem Blickwinkel verwundert es auch nicht, wenn Sachsen-Anhalt einen Spitzenplatz bei der Expansion industrieller Eigenerzeugung in Deutschland einnimmt. Hier wurden bis 1996 im Durchschnitt besonders hohe Industriestrompreise gefordert.

In der Diskussion um den Standort Deutschland und um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft werden vielfach die hohen Preise für Industriestrom und die hiervon abhängigen entstehenden Energiekosten kritisiert. In der EU liegen die deutschen Industriestrompreise nach wie vor im Spitzenfeld, obwohl seit Januar 1996 (mit der veränderten Steinkohlefinanzierung) partiell Preissenkungen erfolgten.¹ Zwar wirkt sich das nicht auf die gesamte Wirtschaft in gleichem Maße wie etwa die hohen deutschen Lohnstückkosten

aus.² Stromintensive Branchen, wie insbesondere die Aluminium- und Stahlindustrie, die Gießereien, die Grundchemie, die Zementindustrie, die Zellstoff- und Papierindustrie sowie die Glas- und Keramikindustrie, bekommen die hohen Strompreise aber stark zu spüren.

Um dieses Problem zu entschärfen, kommt es darauf an, sowohl bei den Produzenten (Energieversorgern) als auch bei den betroffenen Verbrauchern nach wirksamen Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Wie im folgenden ausgeführt wird, bieten sich hauptsächlich an:

- Umfangreiche Rationalisierungen mit Kosten- und Preissenkungen in den Produktionsprozessen sowie Verbesserungen des Preis-Leistungs-Verhältnisses bei den Strom-Versorgern,
- Die Senkung der Stromintensität (des spezifischen Stromverbrauchs je Outputeinheit) sowie die Orientierung auf andere (billigere) Stromangebote bei den Industriekunden. Das kann beispielsweise durch den Wechsel des Stromlieferanten oder durch den Aufbau einer eigenen Stromerzeugung geschehen.

Umfang und Tempo der Veränderungen hängen dabei nicht unwesentlich von den künftigen energiepolitischen Rahmenbedingungen ab. Insbesondere wird erwartet, daß die Liberalisierung des Strommarktes einen spürbaren Druck auf die Preise ausübt, denn erfahrungsgemäß geht eine zunehmende Wettbewerbsintensität mit sinkenden Preisen einher.

Jüngste Befragungen von Stromversorgern und Industriekunden reflektieren, daß überwiegend schon in den ersten fünf Jahren nach erfolgter Liberalisierung mit deutlichen Preissenkungen gerechnet wird.³ Etwa ein Drittel der Industriekunden erwartet mehr als 10 vH Absenkung. Entwickelt sich in der liberalisierten Stromversorgung eine

¹ Vgl. 21. Internationaler Strompreisvergleich (1995/96) der NUS (National Utility Service), herausgegeben von NUS Deutschland GmbH, 1996.

² Dennoch fordert die Wissenschaft mit Recht immer wieder: „Es müssen bei einer Standortentscheidung theoretisch alle Kosten des Unternehmens ... berücksichtigt werden.“ DEUSTER J.: Internationale Standortverlagerungen deutscher Unternehmen, in: Deutscher Universitäts Verlag, Gabler Verlag. Wiesbaden 1996, S. 86-87. – Vgl. auch BEHRENS, K. C.: Allgemeine Standortbestimmungslehre. Köln und Opladen 1991. – FÜRST, D.; ZIMMERMANN, K.: Standortwahl industrieller Unternehmen. Bonn 1973. – HEINEN, E.: Industriebetriebslehre, 8. A. Wiesbaden 1990.

³ Vgl. ENERGIE & MANAGEMENT 7/97. Herrsching/München, S. 1.

Anbieterkonkurrenz, so sehen außerdem knapp zwei Drittel der Kunden im Strompreis das einzige Entscheidungskriterium für die Auswahl der Stromlieferanten.

Versorger stellen sich auf Marktöffnung ein

Bereits jetzt – gewissermaßen im Vorgriff auf die Liberalisierung des Strommarktes – entschließen sich einige Versorger, neue wettbewerbsfähige Preise und Lieferbedingungen zu offerieren. Erste verbesserte Versorgungsangebote liegen vor, vor allem für jene Kunden, die sich nachweislich für neue Bezugsmöglichkeiten interessieren.

Daß grundsätzlich ein bedeutendes Preis- und Kostensenkungspotential vorhanden und nutzbar ist, räumen Versorger sowohl auf der Verbund- als auch auf der Regional- und Kommunal-Ebene ein. So beziffert z.B. das Bayernwerk seine Einsparmöglichkeiten auf gut 0,5 Mrd. DM, das sind immerhin über 10 vH des Umsatzes.⁴

Die vorhandenen Spielräume eines modernen Kosten- und Preismanagements der Versorger müssen nicht nur direkt zu Strompreissenkungen führen. Sich beim elektrischen Strom auf den Wettbewerb einzustellen bedeutet auch, das Preis-Leistungs-Verhältnis für die Nachfrager zu verbessern. Insofern ist nicht nur die Preisgestaltung – in ihrer Gesamtheit von Preishöhe, Preisstruktur, Preisgleitklauseln, Baukostenzuschüssen und anderen preisrelevanten Elementen – zu betrachten. Darüber hinaus kann auch ein kundenangepaßtes Leistungsangebot, insbesondere ein Dienstleistungspaket mit komplexen und vielfältigen Beratungs- und Serviceleistungen helfen, das an sich „gleichartige Massenprodukt Elektrizität“ eines bestimmten Versorgers besonders attraktiv zu machen. So gesehen initiiert die Liberalisierung des Strommarktes bei der deutschen Elektrizitätswirtschaft nicht nur Probleme und Aufgaben, sondern zugleich Chancen und Entfaltungsmöglichkeiten. Dazu liegen bereits praktische Erfahrungen in Staaten mit fortgeschrittener Deregulierung vor, wie z.B. in USA, Großbritannien, Skandinavien und Australien.

Industrie reagiert auf hohe Strompreise

Zugleich intensivieren die Industriekunden ihre Bemühungen, den hohen Strompreisen „entgegenzusteuern“. Elemente der Gegensteuerung können sein:

- Weiterwälzen auf Dritte
 - Produktionsverlagerung
-
- Kompensation durch Senkung anderer Kosten
 - Reduzierungen im Energieverbrauch
 - Sortimentsänderung
 - neue Technologie und Technik
 - Verlustabbau
 - Verbesserung der Preisgestaltung
 - Erhöhung des Verkaufspreises durch Veredlung
 - Senkung des Bezugspreises inkl. Sonderkonditionen- und bessere Nutzung der Preisstruktur
 - Eigenerzeugung
 - billiger Importstrom
-

Gegebenenfalls können damit selbst Prozeß- und Produktverlagerungen ins Ausland verbunden sein. Das kommt insbesondere für international agierende Unternehmen in Frage.

Dem teuren Strombezug zu entgehen heißt für die großen Verbraucher aber auch, auf billigen importierten Strom zu setzen. Die eingeleitete Öffnung des europäischen und mithin auch des deutschen Strommarktes verbessert zweifellos die notwendigen Voraussetzungen hierfür. Dennoch – zumindestens zunächst – ist nicht mit einem „boom“ im Stromimport zu rechnen, insbesondere wegen nationaler Schutzklauseln und relativ hoher Transportkosten. Namentlich in den grenznahen Versorgungsgebieten ist aber durchaus ein Druck auf die Strompreise zu erwarten. Hauptsächlich wird er hervorgerufen vom billigen französischen Atomstrom im Westen und vom subventionsbedingt günstigen polnischen und tschechischen Strom im Osten.

Hauptsächlich reagiert die deutsche Wirtschaft auf die hohen Industriestrompreise jedoch dadurch, daß sie ihre Eigenerzeugung ausdehnt und sich zunehmend von teuren Zulieferungen abkoppelt. In diesen Fällen erweist sich die eigene Stromerzeugung billiger als der bisherige Fremdbezug. Letztlich ist für die Entscheidung „make or buy“ eine bessere Wirtschaftlichkeit ausschlaggebend, unter Berücksichtigung der anderen Einflußfaktoren (technischer, energetischer, finanzwirtschaftlicher und unternehmensstrategischer Art).⁵

Eigenerzeugung ersetzt teuren Strombezug

Die preiswerte Eigenerzeugung von Strom expandiert durch das Engagement der Industrie, der unabhängigen Erzeuger (independent power pro-

⁴ Vgl. HANDELSBLATT vom 22. Januar 1997, S. 33.

⁵ Vgl. MÄNNEL W.: Die Wahl zwischen Eigenfertigung und Fremdbezug, 2. A. Stuttgart 1968, S. 31 ff.

ducers ipp) und der Kommunen. Dabei stützt man sich vornehmlich auf solche Verfahren und Anlagen wie die erdgasgefeuerten GuD (Gas- und Dampfturbinen) sowie BHKW(Blockheizkraftwerk)-Anlagen. Sie erzeugen gleichzeitig Wärme (als Heißdampf und -wasser für die Prozeß- und Raumwärme) sowie elektrischen Strom, wobei deren Proportion in Grenzen variierbar ist. Hohe Anteile der gasgefeuerten an der gesamten Eigenerzeugung wurden 1995 beispielsweise in folgenden Industriebranchen erreicht:

Bergbau (ohne Kohlebergbau)	85 vH,
Maschinenbau	69 vH,
Chemische Industrie	56 vH,
Papiergewerbe	49 vH,
Ernährungsgewerbe	44 vH,
Textilgewerbe	39 vH. ⁶

Für die Eigenerzeugung auf Basis von Erdgas bestehen sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher, technischer und ökologischer Hinsicht günstige Rahmenbedingungen. *Politisch* unterstützt grundsätzlich die eingeleitete Liberalisierung der Strommärkte diesen Prozeß. Sie hebt die regionalen Versorgungsmonopole auf und orientiert auf die allgemeine Öffnung der vorhandenen Stromverteilungsnetze, so daß beispielsweise die Einspeisung von Überschußstrom aus der Industrie (sog. Netzeinspeisung) erleichtert wird. Darüber hinaus begünstigt sie die freie Wahl der einzusetzenden Brennstoffe und Erzeugungsanlagen, so daß beispielsweise die präferierte Nutzung der Kohle und die Pflicht zur Anlagen- und Betriebsgenehmigung endgültig entfallen. Außerdem ist damit zu rechnen, daß die Marktöffnung bestehende (längerfristige) Energielieferverträge unwirksam macht und Neu- bzw. Nachverhandlungen ermöglicht.

Ökonomisch unterstützen vor allem die sich in den letzten Jahren herausgebildeten Faktorpreisrelationen zwischen den verschiedenen Brennstoffen und zwischen den Energieausrüstungen bzw. Energietechnologien den Übergang zur gasgefeuerten Eigenerzeugung. Insbesondere hat sich die ökonomische Effizienz der GuD-Anlagen gegenüber konventionalen Anlagen aufgrund der hohen Strompreise und der anhaltend niedrigen Erdgaspreise verbessert. Das ermöglicht günstige spezifische Investitionskosten und laufende Betriebs-

kosten, d.h. vergleichsweise niedrige Erzeugungskosten.

Eine Auswertung bereits gebauter GuD-Anlagen ergibt:

- Die Investitionskosten pro installierter Leistung (in kW) verhalten sich gegenüber Steinkohle- und Braunkohle-Anlagen wie etwa 1 : 2,5 : 2,75.⁷ Dadurch können der einmalig vorzuschießende Finanzbedarf und die Kosten für den Kapitaldienst bei GuD-Anlagen kleiner gehalten werden.
- Die durchschnittliche normative Nutzungszeit beträgt nur 15 Jahre, so daß das Investitionsrisiko vermindert und ein flexibler Einsatz (auch im Mittellastbereich mit geringeren Nutzungsstunden) möglich ist.
- Die Brennstoffkosten für Gas liegen – selbst beim Bezugspreis von etwa 2 Pf/kWh – dennoch in der Regel höher als für Kohlen. Als Folge der speziellen Kostenstruktur (geringerer Anteil der Kapitalkosten mit höherem Brennstoffkostenanteil) und der günstigen Aufwendungen ergeben sich bei GuD-Anlagen insgesamt vergleichsweise niedrige Erzeugungskosten. Sie liegen unter 8 Pf/kWh, d.h. etwa um 2 Pf/kWh niedriger als die durchschnittlichen Strombezüge.⁸

Technisch und technologisch sind die in Frage kommenden GuD- sowie BHKW-Anlagen nunmehr so ausgereift, daß sie in modularer Bauart für eine breite Leistungspalette bis etwa 350 MW von mehreren Anbietern im In- und Ausland zur Verfügung stehen und mit hohem Wirkungsgrad arbeiten. Als Standardkonfiguration dienen Gasturbinen mit Abhitzeesseln und Dampfturbinen.

Darüber hinaus sind die erdgasgefeuerten Anlagen der Wärme-Kraft-Kopplung *aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes* von besonderer Bedeutung. Die CO₂-Emissionen lassen sich drastisch reduzieren. Mit anderen Worten: Unter Berücksichtigung der externen Umwelt- und Klimafolgekosten erhöht sich die Vorteilhaftigkeit der Gasverstromung, da beispielsweise die Kohlenutzung mit den vergleichsweise höchsten CO₂-Emissionen verbunden ist.

Höhere Preise initiieren höhere Eigenerzeugung in Ostdeutschland

⁶ Errechnet anhand der Fachserie 4, Reihe 6.4, des Statistischen Bundesamtes.

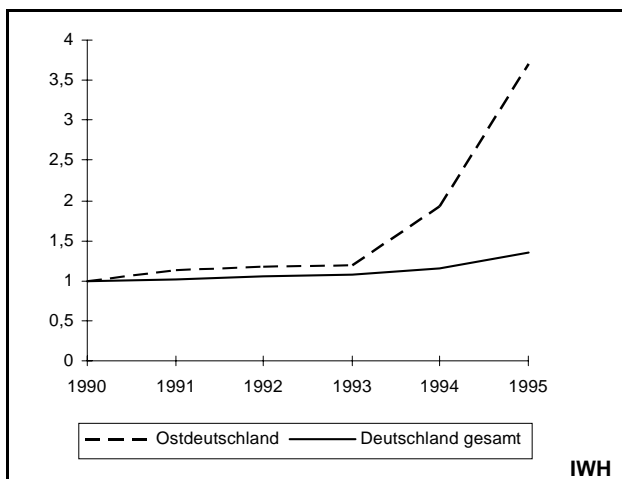
⁷ Vgl. ENERGIE & MANAGEMENT 3/97. Herrsching/München, S. 1.

⁸ Vgl. BRENNSTOFF-WÄRME-KRAFT (BWK). Düsseldorf 6/1996, S. 57.

Versucht man, für Deutschland mit empirischen Daten die Entwicklung der Eigenerzeugung der Industrie nachzuvollziehen und zu erklären, so ergibt sich, daß die *erdgasgefeuerte* Eigenerzeugung in den letzten Jahren die höchste Entwicklungsdynamik aufweist. Ihr Anstieg geht mit einem Rückgang der gesamten industriellen Eigenerzeugung (um 10 vH in 1995 gegenüber 1990) einher. Die Eigenerzeugung auf Basis von Erdgas wuchs beispielsweise 1995 gegenüber 1994 um ca. 18 vH, das Jahr davor um gut 8 vH. Insgesamt erhöhte sich der Anteil der erdgasgefeuerten an der gesamten Eigenerzeugung der Industrie von knapp 17 vH im Jahr 1990 auf 25 vH im Jahr 1995.⁹

Eine detaillierte Analyse der Eigenerzeugung läßt darüber hinaus zwischen Ost- und Westdeutschland deutliche Unterschiede erkennen. So erhöhte sich die gasgefeuerte (bei gleichzeitigem Abfall der gesamten) Stromerzeugung in der Industrie im Osten Deutschlands besonders. Das wird hauptsächlich ab 1993 spürbar, als die Industrie ihre wirtschaftliche Talfahrt stoppen und die Produktion wieder steigern konnte. So verdoppelte sich die hier betrachtete Eigenerzeugung 1995 gegenüber 1994 fast, das Jahr davor machte die Steigerung etwa 63 vH aus (vgl. Abbildung).

Abbildung:
Entwicklungsindex industrieller Eigenerzeugung auf Basis von Erdgas
- 1990 = 1,0 -



Quelle: Statistik der Energiewirtschaft 1995/96, VIK, Essen, S. 119 und 125.

Im Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern läßt sich für 1995 feststellen:

⁹ Errechnet anhand der Fachserie 4, Reihe 6.4, des Statistischen Bundesamtes.

- Am gesamten Stromverbrauch der Industrie hat die gasgefeuerte Eigenerzeugung in den neuen Bundesländern mit 19 vH gegenüber 6,6 vH in den alten Bundesländern einen höheren Anteil.
- Dennoch liegt natürlich der absolute Wert dieser Eigenerzeugung im östlichen Teil Deutschlands mit 4.073 GWh (gegenüber 12.667 GWh im anderen Teil) niedriger.

Aus dem Blickwinkel des vorhandenen Strompreisniveaus kann es nicht verwundern, daß besonders in Ostdeutschland die industrielle Eigenerzeugung von Strom auf Basis von Erdgas sukzessive steigt. Es ist ein Fakt, daß die Industriestrompreise in Ost- gegenüber Westdeutschland noch immer höher sind, durchschnittlich um etwa 10 vH. Dieses erhebliche Preisgefälle existiert bereits seit Jahren. Im gesamtdeutschen „Ranking“ zählen fast alle ostdeutschen Versorger zu den teuersten Anbietern. Zwischen dem vergleichbaren billigsten westdeutschen und dem teuersten ostdeutschen Regionalversorger gibt es einen Preisunterschied von etwa 26 vH; das sind gut 4 Pf/kWh.¹⁰

In den letzten Jahren nimmt das Bundesland Sachsen-Anhalt sowohl im Umfang als auch in der Entwicklungsdynamik bei der gasgefeuerten industriellen Eigenerzeugung den Spitzenplatz ein. So macht diese Art der industriellen Eigenerzeugung im Jahre 1995 in Sachsen-Anhalt gut 75 vH aus, gegenüber 15 vH in Brandenburg und 25 vH in Sachsen. Das hat zweifellos damit zu tun, daß hier bisher die durchschnittlichen Industriestrompreise (mit 20,9 Pf/kWh) am höchsten in Deutschland waren, z.B. gegenüber dem Durchschnitt von 18,5 Pf/kWh in den alten Bundesländern und von 20,4 Pf/kWh in Sachsen sowie Brandenburg.¹¹

Für die künftige Entwicklung der Eigenerzeugung in Deutschland ist zweierlei relevant:

- Im laufenden und kommenden Jahr wird sich die Erweiterung der Eigenkapazitäten in der deutschen Industrie fortsetzen. Das läßt sich aus den vorbereiteten Investitionen ableiten.

¹⁰ Vgl. BUNDES-STROMPREISVERGLEICH I/1997 für Sondervertragskunden, herausgegeben vom Bundesverband der Energie-Abnehmer. Hannover, 31. Januar 1997.

¹¹ Vgl. Allgemeiner Strompreisvergleich zum 20. Februar 1996, WIBERA Düsseldorf. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß viele der teuersten Versorger ihre Industriestrompreise um etwa 5 vH ab Januar 1997 gesenkt haben, also in einem Zeitraum, indem das Bundeskartellamt mehrere Preisermittlungsverfahren gegen „Spitzenreiter“ eingeleitet hat.

- Darüber hinaus wird eingeschätzt, daß die gekoppelte Erzeugung von Wärme und Strom noch längerfristig wächst, während die herkömmliche Strom- und Wärme-Produktion im wesentlichen stagnieren wird. So rechnet beispielsweise die Industrie für die nächsten 15 Jahre mit einer Verdreifachung des Kraft-Wärme-Potentials.¹²

Der Grund hierfür liegt nicht in einer unzuverlässigen, unzureichenden Strombelieferung von außen. Die öffentlichen EVU verfügen auch in Deutschland über eine hohe, nicht ausgelastete Produktionskapazität. Probleme mit der Kontinuität, Menge und Qualität in der Versorgung existieren nicht. Dagegen mangelt es an günstigen Preisen. Bei der unternehmerischen Entscheidung „make or buy“ geben die ungünstigen Preise incl. der Lieferkonditionen den Ausschlag.

Weitere Verbraucher und Erzeuger außerhalb der Industrie profitieren von der Eigenerzeugung

Die wachsende Eigenerzeugung von Strom ist nicht nur für die eigenen Industrieunternehmen von Bedeutung. Aufgrund der zusätzlichen Kapazität können sich zugleich nennenswerte Potentiale an Strom ergeben, die nicht mehr im eigenen Unternehmen benötigt und deshalb anderen Verbrauchern zur Verfügung gestellt werden. Das bedeutet, daß dieser freie Strom (Überschußstrom) ins öffentliche Netz eingespeist, von den EVU verwendet bzw. an interessierte Kunden (im Rahmen einer Durchleitungspflicht) weitergeleitet werden muß.

Insbesondere für die neuen Bundesländer machen die aktuellen Größenordnungen der Strom-einspeisungen deutlich, daß letztere recht dynamisch wachsen und zunehmend den öffentlichen EVU als Wettbewerber gegenüber treten. So erhöhte sich die Stromabgabe der Industrie an das öffentliche Netz 1995 gegenüber 1994 in den neuen Bundesländern um +24,1 vH, in den alten Bundesländern um +7,8 vH. Im Jahr davor wuchs diese Kenngröße in Ostdeutschland um 10,9 vH.¹³

Die Eigenerzeugung und Netzeinspeisung expandieren nicht nur in der Industrie. Zunehmend engagieren sich auf diesem Gebiet – außerhalb der großen Industrie – die sogenannten independent power producers (ipp) und weitere unabhängige

Stromanbieter (Contractoren). Das sind sowohl aus der Industrie ausgegliederte als auch neu entstehende Unternehmen. Ihren preisgünstigen Strom bieten sie vorwiegend aus gasgefeuerten GuD- und BHKW-Anlagen an. Dem liegt zugrunde, daß die hohen deutschen Strompreise einerseits für Eigenproduzenten eine günstige Ertragslage versprechen und andererseits Verbraucher zur Abkopplung von teureren Zulieferungen bewegen.

So wird z.B. berichtet, daß es in Deutschland inzwischen um die hundert Contractoren gibt. Durch ihre Aktivitäten sehen sich bereits Versorger veranlaßt, ihren Großkunden „niedrige Preise“ einzuräumen. Zudem werden bei großen Industriekunden zusätzlich bereits „broker“ mit günstigen Stromangeboten (u.a. aus Mittel- und Osteuropa) vorgestellt.

Eigenerzeugung als Element und Vorbote des Wettbewerbs

Die hier untersuchte Eigenerzeugung inner- und außerhalb der Industrie kann

- einerseits als Konsequenz aus dem bisherigen Gebietsschutz und damit des fehlenden Wettbewerbs sowie
- andererseits als ein (wenn auch bescheidenes, aber dynamisches) Element des neuen, sich öffnenden Anbietermarktes für Elektrizität betrachtet werden.

Der zunehmende Ersatz des fremdbezogenen Stroms durch die Eigenerzeugung auf Basis von Erdgas kündigt insofern den mit der Liberalisierung angestrebten Wettbewerb an. Insbesondere intensivieren die Industriekraftwerke die Anbieterkonkurrenz und damit den brancheninternen Wettbewerb um eine preisgünstige Versorgung.

Unmittelbar und mittelbar kommt es dazu, daß der Industriestrom billiger wird: Unmittelbar, wenn eine effiziente Eigenerzeugung erfolgt; mittelbar, wenn Versorger aufgrund von vorgelegten Konzepten zur Eigenerzeugung dauerhafte Preisrabatte bzw. finanzielle Unterstützungen im Rahmen von „Kooperations- und Contracting-Angeboten“ einräumen. Immerhin hat nach jüngsten Umfragen bei den deutschen Stromversorgern fast jeder zweite Fall solche mittelbaren Konsequenzen ausgelöst.¹⁴

Zweifellos impliziert die Eigenerzeugung zunächst nicht bei allen Kunden einen Preisvorteil. Daß Preissenkungen zunächst die Großverbraucher

¹² Vgl. MORITZ A.: Preiskalkulation und Rahmenbedingung der Einspeisung von Überschußstrom aus Sicht der Industrie, in: VIK-Mitteilungen 5/1995, S. 103-105.

¹³ Vgl. Statistischer Jahresbericht des Referats Elektrizitätswirtschaft im BMWi für 1994 und 1995, Tabelle 14.

¹⁴ Vgl. VDEW-Pressekonferenz vom 14. April 1997 in Hannover.

betreffen, ergibt sich ohnehin aus der schrittweisen Marktöffnung in der EU, die nach Stromabnahmemengen gestaffelt ist. Aufgrund der künftigen Wettbewerbsintensität und der einsetzenden Innovations- und Modernisierungsprozesse in der gesamten (öffentlichen und nicht öffentlichen) Strombranche eröffnet sich aber die Chance, daß das durchschnittliche Strompreisniveau sinkt und die Strompreisgestaltung flexibler wird. Davon würden auch Kunden außerhalb der großen Industrie profitieren.

Es ist zu erwarten, daß die Tendenz zur gasgefeuerten Eigenerzeugung weiter anhält. Dafür sind bereits jetzt die Rahmenbedingungen für eine Reihe von Industriekunden zu interessant und lohnend. Sie werden sich vermutlich noch verbessern, beispielsweise aufgrund des weiterhin niedrigen Preisniveaus für Erdgas, der entstehenden Kostendegression in der modularen und wachsenden Fertigung der technischen Anlagen sowie neuer gemischter Finanzierungsmodelle.

Allerdings wird es unter künftigen Marktbedingungen für die gesamte Stromerzeugung keine Sicherheit mehr geben, daß einmal gefällte Produktions- und Investitionsentscheidungen längerfristig optimal bleiben. Damit ist auch für die Eigenerzeugung verbunden, daß gravierende Marktveränderungen und -unsicherheiten sowie andere Risiken ohne Wettbewerbsschutz wirken und in Zukunft zu Absatz- bzw. Effizienzschwierigkeiten führen können. Zugleich erscheint aber auch fragwürdig, ob beispielsweise der geplante Gebietschutz für die ostdeutsche Braunkohleverstromung bis zum Jahre 2003 der Herausbildung wettbe-

werbs-fähiger Strukturen in der Strombranche wirklich dienen kann.

Grundsätzlich darf bei diesen Entwicklungsprozessen nicht verkannt werden, daß auch künftig der eigenerzeugte Strom gegenüber dem Angebot der Großkraftwerke der Versorger von begrenztem Umfang bleibt. Außerdem sind die Kraft-Wärme-Kopplungsprozesse prinzipiell an die gleichzeitige Nachfrage von Wärme und Strom gebunden. Daher sind solche gekoppelten Nachfragen a priori begrenzt, wenn sie nicht gezielt, z.B. durch Gründung von Abnehmergemeinschaften oder durch die Einbeziehung der Kälteversorgung aus wärmegeführten Absorptionsanlagen, erweitert werden.

Die Wirtschaftlichkeit dieser Prozesse hängt in dreifacher Hinsicht von den Strompreisen ab:

- Erstens bestimmen die Fremdbezugskosten die obere Preisgrenze der Eigenerzeugung.
- Zweitens ergibt sich der Erlös für die Netzeinspeisung (und damit die verbleibende Kostenbelastung der beiden Kuppelprodukte) aus den geltenden Strompreisen.
- Drittens sind Preishöhe und -struktur für den sog. „Reserve- und Zusatzstrom“ von Bedeutung.

Da nicht zuletzt diese Interdependenzen dem strukturellen Wandel in der deutschen Elektrizitätswirtschaft eine Dynamik verleihen, bleibt abzuwarten, welche tatsächlichen Auswirkungen am Ende mit der Liberalisierung und mit dem brancheninternen Wettbewerb einhergehen.

Martin Weisheimer

Förderanreize im Widerspruch zu qualifikatorischen Zielen von Beschäftigungsmaßnahmen?

Der Gesetzgeber begründet die Notwendigkeit von Beschäftigungsprogrammen unter anderem mit der Qualifizierung und Stabilisierung des Arbeitsvermögens der geförderten Teilnehmer. Es ist jedoch zu bezweifeln, daß Beschäftigungsmaßnahmen diesem Anspruch gerecht werden können.

Im Vergleich zum ersten Arbeitsmarkt werden in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen relativ mehr Beschäftigte und weniger technische Hilfsmittel eingesetzt. Dies ist ein Reflex auf die einseitige Subventionierung der Arbeitskosten. Sie setzt Anreize, die entweder dazu führen, daß Standardtechnologie mit mehr Beschäftigten als nötig ein-

gesetzt wird oder daß auf veraltete Technologien zurückgegriffen wird, die per se mehr Beschäftigte benötigen.

Beide Möglichkeiten laufen den qualifikatorischen Absichten der Arbeitsmarktpolitik zuwider: Weder wirkt sich eine Unterauslastung der Beschäftigten besonders günstig auf die Stabilisierung des Arbeitsvermögens aus, noch kommt es zu einer ausreichenden Qualifizierung entsprechend den Anforderungen des ersten Arbeitsmarktes. Dadurch kann die Teilnahme an ABM letztlich eine Stigmatisierung der Betroffenen nicht verhindern,